

## Lagebericht für die Wuppertaler Stadtwerke AG und den Konzern

### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der zunächst moderate Konjunkturaufschwung 2005 hat sich im Jahr 2006 deutlich beschleunigt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg um 2,5% (Vorjahr 0,9%) und damit so rasant wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr. Das ist insbesondere der guten Exportquote und der Belebung des privaten Konsums zu verdanken. Dennoch liegt Deutschland mit der Steigerung seines BIP im internationalen Vergleich nur im unteren Drittel und bewegt sich damit auf dem Niveau der Eurozone.

Für das Jahr 2007 wird ein weiterhin positives Konsumklima erwartet. Allerdings reagiert der Energieverbrauch auf Änderungen des Bruttoinlandsprodukts generell unterproportional. Die wirtschaftliche Dynamik schlägt sich vor allem in der Nachfrage von Industrieunternehmen nieder. Bei Haushalten hängt der Energieverbrauch hauptsächlich von Witterungsverhältnissen ab, noch geringer sind die Konjunkturreinflüsse auf den Wassersektor.

### Regionale Entwicklung

Das bergische Städtedreieck konnte von dem wirtschaftlichen Aufschwung im Jahr 2006 profitieren. Der Industrie-Umsatz stieg in Wuppertal um 6,4% und liegt damit über dem NRW-Durchschnitt von 2,4%. Dadurch ging auch die Arbeitslosigkeit in der bergischen Region zurück. Dennoch liegt Wuppertal mit einer Arbeitslosenquote von 14,7% (Vorjahr 16,9%) weiterhin hinter Solingen mit 9,8% und Remscheid mit 11,7%.

Die bergischen Unternehmen bleiben für 2007 optimistisch. Inzwischen bezeichnen über 90% die Geschäftslage als gut oder zumindest als befriedigend.

Rückläufig hingegen ist weiterhin der Bevölkerungsbestand. Zum Jahresende 2006 lebten 358.000 Menschen in Wuppertal, und damit rd. 2.500 weniger als im Vorjahr. Auch in den kommenden Jahren wird sich der Bevölkerungsrückgang fortsetzen.

### Situation an den Energiemärkten

Der Anstieg der **Ölpreise** hat sich im Jahr 2006 fortgesetzt, insbesondere Rohöl hat sich weiter verteuert. Lag der Preis zu Jahresbeginn noch bei 61 US\$ / Barrel Brent, so stieg der Preis im September auf den Höchststand von 78 US\$ / Barrel. Auslöser hierfür waren u.a. die knappen Produktionskapazitäten, die politische Situation im Nahen Osten sowie die unsichere Lage auf den Förderfeldern in Nigeria. Inzwischen hat der Preis nachgegeben und lag zum Jahresende wieder bei 60 US\$ / Barrel.

Die **Gaspreise** orientieren sich am Ölmarkt mit einer Verzögerung von mehreren Monaten. Hier haben sich die Preise, gemäß den mit den Lieferanten RWE und Wingas vereinbarten Preisgleitklauseln, entsprechend nach oben entwickelt.

Der Preis für **Steinkohle** ist nach dem Anstieg in den beiden vergangenen Jahren im Jahr 2006 auf dem hohem Niveau fast konstant geblieben. Er lag durchschnittlich bei 62 US\$ pro Tonne.

Die **Spotmarktpreise** an der Strombörse EEX sind nach zwischenzeitlichem Anstieg wieder auf das Vorjahresniveau gesunken. Besonders im dritten Quartal zogen die Preise, u.a. aufgrund der Abschaltung von vier Kernkraftwerken in Schweden, an. Der Preis für die Grundlast 2007 (base) lag am Jahresende bei 50,70 €/Mwh (Vorjahr: 53,36 €), die Spitzenlast (peak) bei 77,97 €/Mwh (73,85 €). Im Mittel lagen die Spotmarktpreise bei 50,79 €/Mwh (45,98 €).

### Geschäftsverlauf WSW

Die Strompreise für **private Haushaltskunden** konnten konstant gehalten werden. Nachdem die letzte Erhöhung zum 01.01.2005 stattgefunden hat, konnte für das Jahr 2006 zusätzlich eine Strompreisgarantie gewährt werden. Erst zum 01.01.2007 müssen, bedingt durch die hohen Beschaffungskosten, die Strompreise angehoben werden. Der Standardtarif erhöht sich um 5,4%. Auch diesmal wird der Strompreis bis zum Jahresende garantiert.

Wie bei jeder Preisanpassung vorgeschrieben, wurden auch die neuen Preise durch das Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen geprüft und genehmigt. Übrigens betragen mit der Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent die gesetzlichen Belastungen aus Steuern und Abgaben an jeder Kilowattstunde über 40 Prozent und stellen damit den größten Kostenblock für den Verbraucher dar.

Unter Berücksichtigung der gestiegenen Bezugspreise auf Basis der hohen Heizölpreise wurde zum 01.10.2006 eine **Gaspreiserhöhung** durchgeführt. Im Mittel wurden die Preise des allgemeinen Gastarifes um 6% erhöht. Allerdings werden wir, durch die Preissenkungen auf den Rohölmärkten in den letzten Monaten, die Nettogaspreise zum 1. Januar 2007 wieder senken. Bei den Gas-Sondervertragskunden erfolgten die Preisänderungen zum 01.04. und zum 01.10.2006.

Infolge des hohen Strompreisniveaus hat sich die **Wettbewerbsfähigkeit** der Heizkraftwerke verbessert. Allerdings erhöht sich auch das Risiko bei Kraftwerksausfällen auf teurere Ersatzstrombeschaffung auszuweichen bzw. Verkaufserlöse nicht zu realisieren. Diese Risiken werden durch entsprechende Versicherungen zum Teil aufgefangen. Ein Anstieg der Brennstoffkosten, z. B. für Gas, stellt ein weiteres Risiko dar.

WSW ist über die Heizkraftwerke am **Emissionshandel** beteiligt und fällt somit unter den Wirkungsbereich des Treibhausgasemissionshandelsgesetzes (TEHG). Mitte 2006 begann die Datenerhebung für die nächste Handelsperiode (2008-2012), die die Grundlage der Zertifikatzuteilung ist. Anfang Dezember 2006 hat die Bundesregierung aufgrund von EU-Vorgaben den Erfüllungsfaktor für die Energiewirtschaft drastisch reduziert. Dies hat zur Folge, dass WSW aufgrund spezifischer Besonderheiten ab 2008 wahrscheinlich Zertifikate zukaufen muss.

Im Privatkundenmarkt liegt der **Marktanteil** zum 31. Dezember 2006 bei 96,6% (Vorjahr: 96,8%) und damit über dem Bundesdurchschnitt von 95%. Durch eine gezielte Aktion konnten im Laufe des Jahres 469 Haushaltskunden zurück gewonnen

werden. Im Gewerbekundensegment liegt der Marktanteil bei 89,8% (Vorjahr 91,0 %).

Im Vertriebsbereich agieren die WSW weiterhin mit zahlreichen zielgruppengerechten Marketingkampagnen, neuen Preissystemen und Vertragsanpassungen im Gewerbe- und Geschäftskundenbereich.

Seit Mai 2006 wird die sog. **Nordtangente** gebaut. Damit sollen die Übernahmestationen Möbeck (Sonnborn) und Hohenhagen (Uellendahl) verbunden werden. Ziel der 9,3 Kilometer langen Gaspipeline ist es, einen Brennwertausgleich von RWE und von Wingas geliefertem Erdgas herzustellen. Dadurch können langfristig Betriebskosten eingespart werden. Die Verbindungsleitung bedeutet eine Investition von rd. 5,4 Mio. €. Die Arbeiten werden im Mai 2007 abgeschlossen.

Die **Verkehrssparte** ist wie in den Vorjahren defizitär. Infolge der weiterhin konsequent fortgeführten Restrukturierungs- und Kostensenkungsmaßnahmen ist es uns allerdings gelungen, den Fehlbetrag im Verkehrsbereich in Höhe von 49,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr (56,5 Mio. €) deutlich zu verringern.

Unmittelbar nach Aufhebung des **Schwebebahn**-Baustopps wurde die Fertigstellung der Endhaltestelle Vohwinkel und der Einbau der Aufzüge in die Haltestelle Ohligsmühle europaweit ausgeschrieben. Ebenfalls beauftragt wurde die Umplanung der Haltestellen Landgericht, Völklinger Straße, Werther Brücke und Oberbarmen sowie der dortigen Wagenhalle. Planungsgrundsatz ist der Verzicht auf die Wiederverwendung der vorhandenen Altsubstanz. Die Haltestelle Werther Brücke wird entsprechend ihrem historischen Vorbild bzw. dem heutigen Erscheinungsbild nachgebaut und mit behindertengerechten Aufzügen versehen. Maßgebliche Bautätigkeiten finden ab 2007 statt.

Auch im Jahr 2006 wurde ein **Management-Audit** durchgeführt. Durch die "GUT Zertifizierungsstelle für Managementsysteme mbH Umweltgutachter" wurden die Nachweise gemäß DIN EN ISO 9001 und ISO 14001 erbracht. Das Zertifikat hat eine Gültigkeit von drei Jahren.

### Mitarbeiter

Zum 31.12.2006 verringerte sich der Personalbestand der WSW AG von 2.563 auf 2.488 Mitarbeiter. Wir bilden derzeit in 16 Ausbildungsberufen 133 Auszubildende aus, es ruhen 131 Arbeitsverhältnisse. Im Konzern waren im Jahr 2006 durchschnittlich 3.063 Mitarbeiter beschäftigt.

Durch Flexibilisierung der Arbeit soll die Wettbewerbsfähigkeit der WSW weiter erhöht werden. Dazu wurden Betriebsvereinbarungen zum Thema "alternierende Telearbeit" und "kurze Vollzeit" abgeschlossen.

Bei ersterem handelt es sich um eine Arbeitsform, bei der abwechselnd an einem Arbeitsplatz zu Hause und im Unternehmen gearbeitet wird. Die Beschäftigungsverhältnisse bleiben bei der Telearbeit unverändert bestehen, lediglich der Ort und die Zeit der Arbeitsleistung werden neu festgelegt.

Bei der "kurzen Vollzeit" verzichten die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer/innen auf einen prozentualen Anteil ihres Bruttoentgeltes. Dadurch erwirtschaften sie sich zusätzliche freie Tage. Die maximale Absenkung der Arbeitszeit liegt bei 10%. Bisher haben von diesem Angebot 85 Mitarbeiter Gebrauch gemacht.

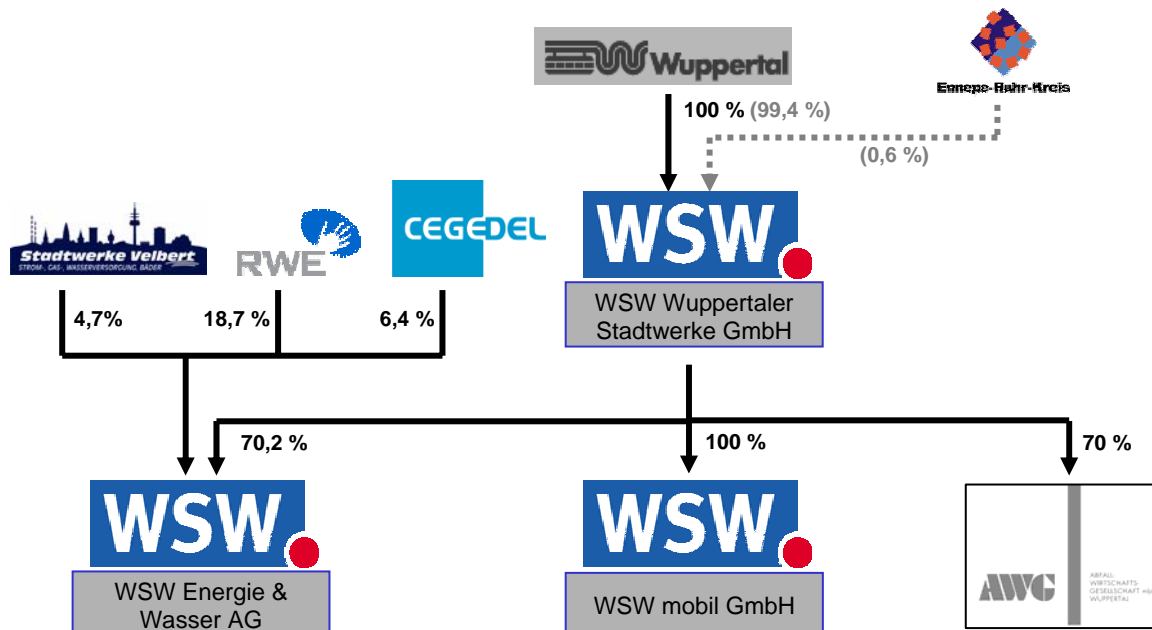
### Strategische Entwicklungen

Der Vorstandsvorsitzende Dr. Hermann Janning hat das Unternehmen im Frühjahr verlassen und den Vorsitz bei der Stadtwerke Duisburg AG übernommen. Infolge dessen ist Frau Claudia Fischer, Leiterin der Stabstelle Unternehmensstrategie, am 23. Februar 2006 in den Vorstand aufgerückt. Sie hat in ihrer Funktion insbesondere die Neuausrichtung der Wuppertaler Stadtwerke AG souverän vorbereitet.

Zum 01. Januar 2007 ist es zu einer erneuten Umbesetzung des WSW-Vorstands gekommen, bedingt durch die vom Stadtrat am 25. September beschlossene neue **Gesellschaftsstruktur**.

In dieser Sitzung wurde die Umsetzung der zuvor erarbeiteten Konzeption vereinbart. Die innerhalb des Einheitsunternehmens geführte Sparte Verkehr soll rechtlich von den Sparten Versorgung und Stadtentwässerung getrennt werden. An der Sparte Verkehr sollen zukünftig keine privaten Investoren mehr beteiligt sein. Hintergrund der geplanten Umstrukturierung der WSW ist - neben der verbesserten Kooperationsfähigkeit die vergabe- und beihilferechtskonforme Aufstellung der Verkehrsparte, da die derzeitige gesellschaftsrechtliche Struktur einer dauerhaft rechtssicheren Betrauung der WSW entgegensteht.

Zur Umsetzung der vergaberechtlichen Bestimmungen sollen die derzeit an der WSW beteiligten Aktionäre RWE, Cegedel und Stadtwerke Velbert ausschließlich an der Sparte Versorgung beteiligt sein. Das erarbeitete und beschlossene Vorzugsmodell ergibt sich aus folgender Abbildung:



Für die Umsetzung sind vielfältige Maßnahmen erforderlich, damit dieses Modell am 31.08.2007, mit rückwirkender wirtschaftlicher Wirkung zum 01.01.2007, vollzogen werden kann.

Die Besetzung des Vorstands und der Geschäftsführungen sieht nun wie folgt aus:

*Geschäftsführung der WSW Wuppertaler Stadtwerke GmbH:*

- Vorsitz: Andreas Feicht
- Arbeitsdirektor: Markus Schlomski
- Wolfgang Herkenberg

*Vorstand der WSW Energie & Wasser AG*

- Vorsitz: Andreas Feicht
- Arbeitsdirektor: Markus Schlomski
- Rainer E. Hübner
- Heinz Werner Thissen (bis 03.05.2007)

*Geschäftsführung der WSW mobil GmbH:*

- Vorsitz: Andreas Feicht
- Arbeitsdirektor: Markus Schlomski

Vermögenslage AG

Sämtliche Investitionen der AG in Höhe von insgesamt TEUR 50.279 (Vorjahr: TEUR 102.193) inklusive Umbuchungen konnten durch Abschreibungen, Zuschüsse und Abgänge in Höhe von TEUR 51.313 (Vorjahr: TEUR 67.233) finanziert werden. Bei der Bemessung der Abschreibungen wurden die steuerlich zulässigen Möglichkeiten - abgesehen von den die Sparten Wasser, Stadtentwässerung und Verkehr betreffenden Investitionen - voll ausgenutzt. Die Abnahme der Nettozugänge zu

Anschaffungskosten erklärt sich u.a. durch die ebenfalls gesunkenen Kapitalzuschüsse. Insgesamt ergibt sich in 2006 eine Unterdeckung der Nettoinvestitionen (TEUR 44.725) gegenüber den Abschreibungen (TEUR 45.760) von TEUR 1.035. Bei einer um TEUR 29.899 verringerten Bilanzsumme erhöhte sich der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen (Anlagenquote) auf 83,2% (Vorjahr: 80,4%).

Das Umlaufvermögen incl. Rechnungsabgrenzungsposten wies einen im Berichtsjahr um TEUR 30.387 auf TEUR 146.202 verringerten Betrag aus. Ursächlich hierfür ist insbesondere der Rückgang der flüssigen Mittel um TEUR 21.098, die sich im Wesentlichen aus dem verringerten Cash-Flow aus laufender Geschäftstätigkeit sowie dem erhöhten Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit - bedingt durch die Rückführung von Finanzkrediten - ergibt.

Die Veränderung des Eigenkapitals um TEUR +2.319 auf TEUR 270.032 resultiert aus einer Einzahlung der Stadt Wuppertal in die Kapitalrücklage im Berichtsjahr in Höhe von TEUR +2.820, dem eine Entnahme von TEUR -3.163 für die Überleitung des Jahresüberschusses (TEUR 5.053) auf den Bilanzgewinn (TEUR 8.216) gegenübersteht.

## Vermögenslage Konzern

Die Konzern-Bilanzsumme reduzierte sich im Geschäftsjahr um TEUR 48.036.

Auf der Aktivseite verminderten sich insbesondere das Umlaufvermögen um TEUR 40.111 auf TEUR 164.591. Das Anlagevermögen verringerte sich von TEUR 874.091 auf TEUR 866.879. Die Verminderung im Umlaufvermögen resultiert insbesondere aus einem Rückgang der liquiden Mittel um TEUR 23.566 auf TEUR 27.135. Daneben reduzierten sich die Vorräte um TEUR 3.236 auf TEUR 12.637 und die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände um TEUR 13.309 auf TEUR 124.819.

Die Passiva sind gekennzeichnet durch einen Rückgang der Verbindlichkeiten um TEUR 61.692 auf TEUR 523.043. Gründe hierfür sind im Wesentlichen die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um TEUR 21.061 und der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 36.514. Ursächlich für den Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind insbesondere die am Bilanzstichtag geringeren Verbindlichkeiten gegenüber RWE Rhein-Ruhr AG (TEUR -23.082), MAN Ferrostaal Power Industry GmbH (TEUR -5.274) und RAG Verkauf GmbH (TEUR -2.509).

Die Rückstellungen erhöhten sich um TEUR 17.697. Der Anstieg resultiert insbesondere aus den erhöhten Rückstellungen für fehlende Eingangsrechnungen aus Energie- und Wasserlieferungen (TEUR +12.477), für Risiken aus der Entgeltsicherung Tarifwechsel TV-V (TEUR +3.170), der Stromsteuer (TEUR +2.430), den Erstattungen nach dem Schwerbehindertengesetz (TEUR +2.096) sowie der Altlastenbeseitigung (TEUR +1.876). Gegenläufig wirken zum einen die Verringerung der Steuerrückstellung (TEUR -3.988), zum anderen die reduzierten Rückstellungen für Risiken zur Altersteilzeit (TEUR -2.245) und die Verwendung der Rückstellung für den Ausstieg aus dem umlagefinanzierten Versorgungssystem der RZVK bei der VSG (TEUR -2.263). Die Eigenkapitalquote ist auf 26,9% (Vorjahr 25,8%) gestiegen.

## Finanzlage AG und Konzern

Nachfolgende Kennzahlen (in %) spiegeln die Finanzstruktur wider:

	<u>WSW AG</u>		<u>Konzern</u>	
	2006	2005	2006	2005
Liquidität 1. Grades	11,3	19,2	8,9	15,6
Liquidität 2. Grades	57,1	63,8	44,3	52,8
Liquidität 3. Grades	60,9	68,7	48,5	57,7
Anlagendeckungsgrad I	39,1	39,6	33,3	33,4
Anlagendeckungsgrad II	89,5	91,1	69,9	66,8

Der Cash-Flow (in TEUR) für das Jahr 2006 errechnet sich wie folgt:

	<u>WSW AG</u>		<u>Konzern</u>	
	2006	2005	2006	2005
Cash Flow aus laufender Geschäftstätigkeit:	40.811	62.133	58.980	82.158
Cash Flow aus der Investitionstätigkeit:	-	-	-52.371	-
Cash Flow aus der Finanzierungstätigkeit:	44.710	79.725	30.174	19.319
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds:	-	26.326	-23.565	12.764
Zahlungsmittelfonds am Anfang der Periode:	21.098	8.734	50.701	37.937
Zahlungsmittelfonds am Ende der Periode:	46.242	37.508	27.136	50.701

### Ertragslage AG

Der Anstieg der Umsatzerlöse (ohne Strom-/Energiesteuer) gegenüber dem Vorjahr um TEUR 115.007 auf TEUR 688.782 ist im Wesentlichen auf die signifikanten Erlössteigerungen in den Segmenten Stromversorgung und Gasversorgung zurückzuführen. Mit Ausnahme der Sparte Wasserversorgung trugen auch die übrigen Sparten leicht positiv zur Umsatzentwicklung bei, während die Baukostenzuschüsse gegenläufig wirkten. Ein weiterer Anstieg der Erlöse (TEUR +68.293) resultiert aus der im Berichtsjahr ganzjährig einbezogenen WSW Netz GmbH. Hierzu zählen insbesondere die Verpachtung des Anlagevermögens, die Betriebsführungsentgelte sowie Erlöse für Messung und Abrechnung. Im Gegenzug (Materialaufwand) wird eine Rechnung von der WSW Netz an die WSW für die Netznutzung erstellt.

### Ertragslage Konzern

Der Konzern Wuppertaler Stadtwerke AG erzielte im Geschäftsjahr 2006 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 7.550. Die Ergebnisverbesserung gegenüber dem Vorjahr ergibt sich insbesondere durch ein verbessertes Finanzergebnis (TEUR +2.972) und einen geringeren Steueraufwand (TEUR -3.567). Die Umsatzerlöse konnten um TEUR 18.649 erhöht werden und erreichten einen neuen Höchststand.

Es bestehen Ergebnisabführungsverträge mit der AWG Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH, mit der WSW Netz GmbH, mit der GWH Gemeinschaftswerk Hattingen GmbH und der Stadtwerke Velbert GmbH. Das Ergebnis des Konzerns wird daher im Wesentlichen von dem Ergebnis der Wuppertaler Stadtwerke AG geprägt. Das um TEUR 2.497 bessere Ergebnis des Konzerns gegenüber dem Einzelabschluss der AG ergibt sich durch die Rücknahme steuerlicher Wertansätze, die Garantiedividende konzernfremder Gesellschafter, die Rücknahme einer Rückstellung für Verluste der GWH, dem Ergebnis der VSG Verkehrs-Service GmbH



und der Umbewertung der Pensionsrückstellungen auf einen konzerneinheitlichen Rechnungszinsfuß von 4%.

## Risikobericht

Im Sinne des § 91 Abs. 2 AktG haben die WSW ein Überwachungssystem eingerichtet, um damit den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig erkennen zu können. Im Rahmen dieses Risikomanagementsystems haben die WSW alle Risiken systematisch erfasst, analysiert und in einem Risikokatalog dokumentiert. Die Risiken sind hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und des Risikopotenzials bewertet und Gegensteuerungsmaßnahmen aufgezeigt worden. Es ergeben sich die folgenden wesentlichen Risiken:

Das Jahr 2006 stand mit Blick auf die fortschreitende Liberalisierung im Zeichen der **Regulierung** der Netznutzungsentgelte und der Inkraftsetzung der Grundversorgungsverordnungen (GVV) für Strom und Gas sowie deren Netzanschlussverordnungen (NAV). Beide Bereiche führen für die Branche - und damit auch für WSW - zu erheblichen Umsatzausfällen bzw. administrativen Belastungen und Beschneidungen von Rechten bzw. der Auferlegung von Pflichten für den Grundversorger.

Die zum 01.11.2006 der WSW Netz GmbH im Strombereich erteilte Genehmigung für die **Netznutzungsentgelte** hat aufgezeigt, in welcher Dimension Preissenkungen verordnet werden. Diese Preissenkung wurde bei der Preisanhebung für Privatkunden zum 01.01.2007 berücksichtigt und hat zu deutlichen Margenverlusten geführt. Da die vorliegende Genehmigung sich auf den Zeitraum bis zum 31.12.2007 erstreckt, wird derzeit ein neuer Antrag durch die WSW Netz GmbH für 2008 vorbereitet. Auch durch dieses Genehmigungsverfahren ist eine weitere Ergebnisbelastung zu befürchten.

Auch im Gasbereich ist bei dem noch laufenden Verfahren für die Netznutzungsentgelte eine ähnliche Genehmigungspraxis zu erwarten. Durch die ab 2008 bzw. 2009 vorgesehene Anreizregulierung für die Netznutzungsentgelte sowohl für Strom als auch für Gas wird der Druck auf die Margen noch verstärkt werden.

Bei der **Strombeschaffung** profitieren die WSW weiterhin von der strukturierten Beschaffung mit zwei regionalen Stadtwerken und den daraus resultierenden Synergien. Zur Beherrschung der damit verbundenen Risiken haben die WSW im Rahmen des Gesamt-Risikomanagements ein speziell auf den Bereich Energiehandel zugeschnittenes Risikocontrolling implementiert.

Die strukturierte Beschaffung ermöglicht es, den Industriekunden Preis- bzw. Stromprodukte anzubieten, in dem deren Mengen sequenziell nach der gleichen risikoaversen Beschaffungsstrategie an den OTC-Märkten eingekauft werden, wie für die Beschaffungskoooperation.

Auf dem Feld der **Gasbeschaffung** wird es in Kürze ebenfalls zu erheblichen Veränderungen kommen. Es ist erklärtes Ziel der Politik, Beschaffungs- bzw. Handlungsoptionen ähnlich dem Strommarkt auf den Gasmarkt zu übertragen. Wir werden uns in 2007 gemeinsam mit regionalen Partnern mit dieser Thematik

den uns in 2007 gemeinsam mit regionalen Partnern mit dieser Thematik beschäftigen und prüfen, welche Möglichkeiten für die Beschaffung der Freimengen des Gaswirtschaftsjahres 2007/2008 bestehen. Perspektiven bestehen in einer gemeinsamen Beschaffung bis hin zur Integration eines Gas-Portfoliomanagements.

Die Risikosituation im **Öffentlichen Personennahverkehr** (ÖPNV) ist geprägt von der Änderung des Wettbewerbs- und Finanzrahmens auf EU-Ebene. Aufgrund des Urteils des EuGH im Verfahren "Altmark Trans" (Magdeburger Urteil), demzufolge die vorgegebenen Kriterien mit den deutschen Vorschriften des Steuerrechts zur Querverbundsfinanzierung nicht vereinbar sind, finden weitere Prüfungen seitens der EU statt. Konsequenzen ergeben sich je nach Ausgang hinsichtlich der Beantragung und Verlängerung von Linienkonzessionen. Zur Erfüllung des anstehenden EU-Genehmigungswettbewerbs werden bereits heute marktorientierte Preise im Rahmen eines Benchmarking ermittelt und die Kosten mit entsprechenden Kostenoptimierungsprogrammen reduziert.

Die finanziellen Rahmenbedingungen für den ÖPNV verschärfen sich einerseits aufgrund der Überprüfungen der Regelungen der VRR-Finanzierung durch die EU. Andererseits reduziert sich auf Bundes- und Landesebene die Schwerbehindertenerstattung infolge einer Prüfung der für die Bemessung des Ausgleichsanspruchs relevanten Einnahmen für die Jahre 1990 - 2006 durch die Rechnungsprüfungsämter. Des Weiteren ist die im Jahr 2005 eingeführte Selbstbehaltklausel möglicherweise verfassungswidrig. Gegen diese Regelungen ist bereits Widerspruch, aufgrund von Musterprozessen im Land Niedersachsen, eingelegt worden. Zusätzlich wird nach einer Kompromisslösung zwischen den konzessionierten Verkehrsunternehmen im VRR (KVIV) und dem Land NRW gesucht.

Die **Finanzierung des Schwebebahnausbaus** wurde in den letzten Jahren von der unklaren Zuschusspolitik des Landes NRW geprägt. Außerdem ergibt sich das Risiko der Kostensteigerung bei dem Ausbau der Schwebebahn sowohl bei der Ausschreibung einzelner Bauwerke als auch durch Nachträge und die Insolvenzen von Auftragnehmern bei bereits beauftragten Bauabschnitten. Durch restriktiven Umgang mit erhöhten Submissionsergebnissen und konsequenter Ausschöpfung von Rechtsmitteln wird diesen Risiken entgegengewirkt. Zusätzlich ist die Gesamtmaßnahme weiterhin dem Risiko ausstehender Zuschussbewilligungen und strittiger Förderbescheide durch die Landesbehörde ausgesetzt. Im Rahmen eines Mediationsverfahrens haben WSW und Land gemeinsam vereinbart, ein Gutachten als Grundlage einer möglicherweise erneuten Beurteilung von Förder- und Zinsbescheiden erstellen zu lassen. Die Empfehlungen des Mediators liegen bereits vor und befinden sich derzeit in Verhandlung zwischen WSW und Landesbehörde.

Im Jahre 2002 wurde für das Wuppertaler Kanalsystem ein US-Cross-Border-Lease abgeschlossen. Der Bereich **Stadtentwässerung** partizipiert an dieser Transaktion durch einen Sub-Lease-Vertrag mit der Stadt Wuppertal. Die durch eine eventuelle Vertragsverletzung entstehenden Risiken werden von den WSW permanent verfolgt, um notwendige Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die **AWG** (WSW-Beteiligung 70,47 Prozent) hat in 1999 mit einem US-Trust eine US-Lease-Service-Contract-Finanzierung abgeschlossen. Die Verträge sehen bei

Vertragsverletzung eine Auflösung der Verträge sowie eine Entschädigungsleistung der AWG vor. Um das Risiko einer Vertragsstörung zu minimieren, hat die Geschäftsführung der AWG ein Risikomanagementsystem implementiert und berichtet regelmäßig dem Aufsichtsrat und den Gesellschaftern über den Verlauf.

Bei einem Vergleich des WSW-Gesamtrisikopotenzials mit der **Vorjahressituation** ist zwischen der operativ-strategischen Ebene und der politisch-gesetzlichen Ebene zu unterscheiden.

Die Entwicklung des Risikopotenzials im **operativen und strategischen Bereich** ist im Vergleich zum Vorjahr im wesentlichen unverändert.

Dagegen hat sich die Entwicklung des Risikopotenzials auf **politisch / gesetzlicher Ebene** noch weiter angespannt. Vor allem im Versorgungsbereich erhöht sich das Risiko durch die Genehmigungspraxis für die Netznutzungsentgelte bzw. durch die bevorstehende Anreizregulierung sowie durch weiter verstärkten Wettbewerb. Nicht abschätzbar ist die Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos, welches sich durch die Diskussion um die Verschärfung des Gemeindegewirtschaftsrechts und einer Änderung des §107 Gemeindeordnung NRW ergeben wird.

#### Nachtragsbericht

Wie sich in den letzten Wochen bereits angedeutet hat, sind die Beschaffungspreise für Erdgas weiter gefallen. Nach der Preissenkung zum 01.01.2007 um 1,7% geben wir diese Entwicklung zum 01.04.2007 mit einer weiteren Preissenkung zwischen 3,7% und 4,3% an unsere Kunden weiter.

#### Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Gemäß des im Jahr 2003 zwischen der Stadt Wuppertal, RWE und Cegedel abgeschlossenen **Konsortialvertrages** ist RWE verpflichtet, innerhalb von fünf Jahren Vermögensgegenstände im Wert von 115.900.000,- € auf die WSW zu übertragen, um so eine Stärkung der WSW in der Region und die Umsetzung des Regionalkonzeptes zu erreichen. Dabei sollte RWE die Hälfte der Sacheinlagen innerhalb der ersten drei Jahre und den Rest in den zwei Folgejahren übertragen, wobei sich die RWE Plus nachhaltig bemühen sollte, die Verpflichtung bereits vollständig innerhalb der ersten drei Jahre zu erfüllen. Diese Dreijahresfrist ist am 20.01.2007 ohne die Einbringung von Sacheinlagen abgelaufen, RWE hat seine vertraglichen Zusagen nicht eingehalten. In den kommenden Monaten werden wir zusammen mit unserem kommunalen Mehrheitseigner nach Möglichkeiten suchen, wie sich regionale Kooperationen erfolgreich umsetzen lassen.

Die WSW AG ist neben fünf weiteren kommunalen Partnern mittelbar an der Telefongesellschaft **Versatel AG** beteiligt. Die kommunalen Anteile an einer übergeordneten Holdinggesellschaft in Höhe von 9 % werden von der TAG Tropolys Altgesellschafter GmbH treuhänderisch verwaltet. An der TAG ist die WSW AG mit 13,219 % beteiligt.

Der Börsengang der Telefongesellschaft Versatel AG ist am 27.04.2007 erfolgt. In Folge des Börsengangs wurde ein Teil der der WSW zugerechneten Aktien zu einem Verkaufserlös von 3,5 Mio. € veräußert.

## Prognosebericht

Die Vorgaben der Bundesnetzagentur für die geplante **Anreizregulierung** bei Strom- und Gasnetzen sollen entgegen ursprünglichen Planungen erst im Jahr 2009 in Kraft treten. Dies geht aus einem Eckpunktepapier des Bundeswirtschaftsministeriums (BMWI) vom 16.11.2006 hervor. Im Jahr 2007 bleibt es bei der bisherigen Vorab-Kostenregulierung, bei der die Durchleitungsentgelte für die Netze von der Regulierungsbehörde bis zum 31.12.2008 genehmigt werden müssen. Wir rechnen infolge dieser Genehmigung nochmals mit einer nicht unerheblichen Absenkung der Netzerlöse.

Ab dem 01.01.2009 soll mit der Anreizregulierung begonnen werden. Hierunter versteht man die Vorgabe von Erlösobergrenzen durch die Regulierungsbehörde für die Dauer einer Regulierungsperiode von drei bis fünf Jahren gegenüber dem Netzbetreiber. Durch die theoretische Möglichkeit, seine Kosten zu reduzieren, erhält der Netzbetreiber einen Anreiz zur Erzielung von Mehrerlösen. Bisher existiert nur ein Konzeptpapier der BNetzA und die o. g. Eckpunkte. Daher bestehen über die genaue Systematik noch viele Unklarheiten, da die maßgebliche Anreizregulierungsverordnung derzeit vom BMWI verfasst wird. Auch bei der Anreizregulierung werden die Erlöse kontinuierlich sinken. Sollte die verschärfte Variante, d.h. die Orientierung am Frontier-Unternehmen eingeführt werden, droht vielen kleineren und mittleren Stadtwerken das Aus.

Die Landesregierung will im Zuge der **Reform der Gemeindeordnung** auch den §107 so entscheidend einschränken, dass Kommunen nur noch bei "dringendem öffentlichen Zweck" wirtschaftlich tätig sein dürfen, wenn dieser "nicht durch private Unternehmen ebenso gut erfüllt werden kann". Das würde bedeuten, dass kommunale Eigenbetriebe und Tochtergesellschaften zwar bisherige Aktivitäten über einen Bestandsschutz weiter ausüben dürfen, zukünftig aber keine Aktivitäten über die Stadtgrenzen oder über das Kerngeschäft hinaus mehr möglich wären. Neue Geschäftsfelder könnten dann nicht mehr erschlossen werden. Als multi-utility-Anbieter trifft dies die Wuppertaler Stadtwerke in besonderem Maße.

Sollte es tatsächlich zur Umsetzung kommen, droht den Kommunen eine massive Verschärfung der Finanzkrise. Darüber hinaus sind viele Arbeitsplätze im lokalen Mittelstand gefährdet, denn Aufträge über viele Millionen Euro können dann aufgrund von Leistungsstreichungen nicht mehr durch die Stadtwerke vergeben werden.

Getreu dem Motto "Stillstand bedeutet Rückschritt" wollen die kommunalen Unternehmen keine Besserstellung, sondern die gleichen Rechte für alle Marktteilnehmer. Und dazu gehört auch weiterhin die Möglichkeit eines Markteinstieges in branchennahe Geschäftsfelder.

### Öffentlicher Zweck gemäß § 108 Absatz 2 Nummer 2 der Gemeindeordnung NRW

Zur Einhaltung der Öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung wird in einem gesonderten Bericht für die Gesellschafter Stellung genommen.

### Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Der gemäß § 312 Absatz 1 AktG erstellte Bericht des Vorstands über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen schließt mit folgender Erklärung:

“Die Gesellschaft hat nach den Umständen, die dem Vorstand zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte mit dem herrschenden und mit diesem verbundenen Unternehmen vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen im Sinne von § 312 Absatz 1 AktG wurden im Berichtsjahr weder getroffen noch unterlassen.“

Wuppertal, 22. Mai 2007

Der Vorstand

Feicht

Schlomski

Hübner